

## **Corona-Stimmung hellt sich auf - Föderalismus wird begrüßt.**

**29% der Österreicher meinen, das Schlimmste sei vorbei. Föderalismus wird bei der Pandemiebekämpfung - außer in Ostösterreich - als vorteilhaft angesehen. Die positive Beurteilung der Arbeit von Rudolf Anschober als Minister erreicht mit 71% einen Spitzenwert.**

(26.04.2021) Der Zeiger im Gallup Corona-Barometer\* steigt auf „veränderlich“, die Stimmung scheint sich langsam aufzuhellen. Nach einem Tiefstand im März, als nur 15% meinten, das Schlimmste sei vorüber, stieg dieser Wert im April auf 29%. Auch die Frage, ob die Pandemie unter Kontrolle sei, bejahten im April wieder 18%, nachdem im März nurmehr 11% dieser Meinung waren.

„Dieser leise Optimismus ist vermutlich dem Umstand geschuldet, dass zum Zeitpunkt der Befragung Öffnungsschritte für Mitte Mai angekündigt wurden. Auf das Krisenmanagement der Bundesregierung ist die aufkeimende Zuversicht eher nicht zurückzuführen. Die Zustimmung zu den Corona-Maßnahmen stagniert seit Februar bei einem Wert von 43%“, kommentiert Gallup-Chefin Andrea Fronaschütz die Ergebnisse der jüngsten Befragung.

### **EU-Gesundheitspolitik: Politische Agenda der Nationalstaaten**

Obwohl nur ein Drittel der Bevölkerung der Aussage zustimmt, dass Österreich bei der Bewältigung der Pandemie mehr Erfolg als andere EU-Länder hat, ist die Mehrheit in Sachen EU-Gesundheitspolitik doch patriotisch. 54% sind der Ansicht, dass es für die Bekämpfung der Pandemie gut sei, dass jedes EU-Land für die Gestaltung seines Gesundheitssystems zuständig ist und die volle Verantwortung für gesundheitspolitische Entscheidungen trägt. 24% sprechen sich für eine zentrale EU-Gesundheitspolitik bei der Pandemiebekämpfung aus, 22% äußern sich nicht dazu. Auch beim Thema Impfstoffbeschaffung stieg die Zustimmung zu einer nationalen Vorgehensweise (43% vs. 39% im März), nur mehr 38% sind für ein einheitliches Vorgehen der Union. Dieser Wert lag im März noch bei 45%.

„Die Kritik an der Impfstoffstrategie der EU ist an der Bevölkerung nicht spurlos vorbeigegangen. Wenn es um ein so sensibles Thema wie Gesundheit geht, wählt man das geringere Übel. Auch wenn die Kritik an der Regierung und am Bundeskanzler Kurz laut ist, ist das Vertrauen in deren Entscheidungen doch höher als in die EU. Dazu hat sicherlich das Image des mittlerweile zurückgetretenen Gesundheitsminister Rudolf Anschober beigetragen, dem die Österreicher für seine Arbeit Rosen streuen“, so Fronaschütz.

Die Arbeit von Rudolf Anschober als Minister wird von 71% als sehr gut oder gut bewertet. Bei den Österreichern, die sich als Grün-Sympathisanten deklarieren, liegen die Zustimmungswerte zu Anschobers Arbeit bei 93%, bei denjenigen der ÖVP bei beachtlichen 87% und bei den NEOS-Affinen bei 71%.

Nachdem im März noch 43% die Kritik von Bundeskanzler Kurz an der Verteilung der Impfstoffe in der EU geteilt haben, sehen jetzt nur 37% den Kanzler im Recht. 39% meinen, die Kritik schade dem Ansehen Österreichs. Selbst bei den ÖVP-Sympathisanten sank die Zustimmung zur Kritik des Kanzlers um 6 Prozentpunkte auf 68%.

## Gesundheitspolitischer Föderalismus

44% der Bevölkerung sind der Meinung, dass es für die Bekämpfung der Pandemie besser ist, wenn die Bundesländer Maßnahmen unabhängig vom Bund setzen. 43% sehen bundesweit einheitliche Maßnahmen als besser an und 14% sind in dieser Frage unentschieden. Nur in den östlichen Bundesländern (Wien, Niederösterreich und dem Burgenland) gibt es eine relative Mehrheit für die Maßnahmezuständigkeit beim Bund. Alle anderen Bundesländer bevorzugen föderale Strukturen in der Gesundheitspolitik, in Tirol und Vorarlberg steigt die diesbezügliche Zustimmung auf 64%. Befragt nach den Parteipräferenzen findet man die „Föderalisten“ vor allem bei Sympathisanten von FPÖ (58%), NEOS (51%) und ÖVP (46%). Die Anhänger der Grünen und der SPÖ sprechen sich häufiger für eine vom Bund angeordnete Strategie der Pandemiebekämpfung (56% und 50%) aus.

Leicht anders sieht es bei der Impfstrategie aus: Hier tendieren die Österreicher eher zu zentralen Entscheidungen. 50% der Österreicher sehen die Zuständigkeit für die Impfstrategie beim Bund gut aufgehoben, 37% bei den einzelnen Bundesländern, 13% sind unentschieden. Mit Ausnahme von Tirol und Vorarlberg, wo 57% einer „föderalen“ Impfstrategie anhängen, bevorzugen alle Bundesländer eine österreichweit einheitliche Vorgangsweise.

„Trotz aller Unkenrufe und Versuche, den Föderalismus zum Sündenbock des schlechten Krisenmanagements zu machen, findet sich in der Bevölkerung keine Mehrheit für eine zentrale Pandemiebekämpfung. Dies dürfte mit der langen Tradition des Föderalismus in Österreich zusammenhängen. Die Österreicher haben die Erfahrung gemacht, dass die Unabhängigkeit ihres Bundeslandes für sie mehr Mitbestimmung über ihr Leben bedeutet. Bei punktuellen Entscheidungen, die diese Autonomie weniger gefährden und kurze Entscheidungsprozesse erfordern, sieht man es dann aber anders“, fasst Fronaschütz zusammen.

Rückfragehinweis:

Andrea Fronaschütz

a.fronaschuetz@gallup.at

Tel. +431 470 47 24 - 0

Das Österreichische Gallup-Institut,  
Lobkowitzplatz 1  
1010 Wien

Für Rückfragen und Interviews außerhalb der Bürozeiten: + 43 699 10151859

Foto: Dr. Andrea Fronaschütz, frei zum honorarfreien Abdruck, Foto: [www.beahasler.at](http://www.beahasler.at)

\* 1000 Personen repräsentativ für die (webaktive) österreichische Bevölkerung 16+  
(Methode: „Computer Assisted Web Interviewing“ im Gallup Onlinepanel, durchgeführt vom 15.-19. April 2021)

*Hinweis: Zwecks besserer Lesbarkeit wird im Text nur die männliche Form verwendet, die weibliche Form ist dabei stets mit eingeschlossen.*